

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Heike Hänsel, Ulla Jelpke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/19982 –**

Umgang mit Desinformation in der Europäischen Union, der NATO und der Volksrepublik China

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Fragestellerinnen und Fragesteller beobachten bei Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und der NATO zunehmende Versuche, der chinesischen Regierung die Verantwortung für den Ausbruch der Covid-19-Pandemie zuzuschreiben. Die Volksrepublik China wird außerdem der „Desinformation“ durch Verbreitung von Falschnachrichten beschuldigt. Unter anderem hatte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg der chinesischen Regierung vorgeworfen, die NATO-Mitgliedstaaten falsch darzustellen, wonach diese sich bei der Bekämpfung der Pandemie nicht gegenseitig unterstützten („Stoltenberg spricht von Corona-Desinformationskampagnen – und nennt Russland und China“, dpa vom 27. April 2020).

Aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller ist allerdings festzustellen, dass solidarische Hilfe unter den Mitgliedstaaten sowohl der NATO als auch der Europäischen Union (EU) bis weit in den Monat März 2020 hinein unzureichend war. Aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller wirft auch die EU einseitig der Regierung in China „Verschwörungstheorien und Desinformation“ und „Einflussversuche“ vor („China kontaktierte heimlich deutsche Beamte“, www.tagesspiegel.de vom 26. April 2020). Falschmeldungen sowie „Verschwörungstheorien und Desinformation“, die beispielsweise in den USA generiert werden, werden nach Ansicht der Fragesteller dabei ignoriert („Wo fängt die Desinformation an?“, FAZ vom 1. Mai 2020).

Treffend nannte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell diese Entwicklung einen „globalen Kampf der Narrative“ („EU wirft Russland und China Fake-News-Kampagnen in Corona-Krise vor“, dpa vom 26. April 2020), in dem nach Ansicht der Fragesteller die EU nun offenbar besonders aktiv geworden ist. Die EU nutzt hierfür ihre „Taskforce für strategische Kommunikation“ („Stratcom East“), die interne Analysen für EU-Mitgliedstaaten erstellt und auf ihrer Webseite „EUvsDisinfo“ (<https://euvsdisinfo.eu>) öffentliche Stellungnahmen zu tatsächlichen und vermeintlichen Verfehlungen der chinesischen Regierung in der Corona-Krise verfasst.

Ein weiterer Fokus liegt auf russischen Medien und „Kremlnahen“ Personen. Das „Stratcom East“ gehört zu den seit 2015 aufgebauten Strukturen, die ver-

meintliche Desinformation erkennen und „bekämpfen“ sollen („Ein Europa, das schützt: EU verstärkt Maßnahmen gegen Desinformation“, Pressemitteilung der EU-Kommission vom 5. Dezember 2018). Die EU zählt „Desinformation“ außerdem zu den „hybriden Bedrohungen“, weshalb sie 2016 in den „Gemeinsamen Rahmen für die Abwehr hybrider Bedrohungen“ aufgenommen wurden. Auch die „Gemeinsame Mitteilung zur Stärkung der Resilienz und Stärkung der Kapazitäten für die Abwehr hybrider Bedrohungen“ von 2018 enthält Maßnahmen gegen „Desinformation“.

Die Berichte von „EUvsDisinfo“ betreffen tatsächliche Falschmeldungen und manipulative Berichte verschiedener Webseiten, Blogs und Accounts in sozialen Medien. Es ist jedoch auffällig, dass auch nach Ansicht der Fragesteller übliches Regierungshandeln und Public-Relations-Maßnahmen einer Regierung wie China als „Desinformation“ dargestellt werden. So nennt das „Stratcom East“ beispielsweise chinesische Meldungen, wonach „China und insbesondere Xi Jinping [...] bei der Eindämmung des Coronavirus bewundernswerte Arbeit geleistet“ hätten, dass „der Westen und insbesondere die Vereinigten Staaten“ China für seine schnelle Reaktion und die Eindämmung des Virus dankbar sein sollten, die USA zu langsam reagiert hätten oder der Westen das Virus nutzt, um „antichinesische Stimmungen“ zu verbreiten („Disinformation on the coronavirus – short assessment of the information environment“, www.euvsdisinfo.eu vom 19. März 2020). Diese Meldungen sind aber aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller keine „Desinformation“.

Das „Stratcom East“ verunglimpft nach Ansicht der Fragesteller auch das Hervorheben chinesischer Unterstützung an Italien als „Desinformation“ („Short Assessment of Narratives and Disinformation around the COVID-19/Coronavirus Pandemic (Updated 2 – 22 April)“, www.euvsdisinfo.eu vom 24. April 2020). Eine ähnliche Einordnung hatte „Stratcom East“ bereits Anfang April zu Hilfslieferungen aus China vorgenommen („Short Assessment of Narratives and Disinformation around the COVID-19“, www.euvsdisinfo.eu vom 1. April 2020). Als „Desinformation“ galt demnach, dass in chinesischen Nachrichten „Dankbarkeitsbekundungen“ europäischer Politiker für die chinesische Hilfe hervorgehoben werden.

Chinesische Regierungsstellen protestierten gegen die Unterstellungen. Das „Stratcom East“ beschreibt diese Interventionen als Beweise für den Versuch, Schuldvorwürfe abzuwehren. Auch deutsche Medien und Fraktionen im Deutschen Bundestag werfen China diesbezüglich Manipulation vor („China kontaktierte heimlich deutsche Beamte“, www.tagesspiegel.de vom 26. April 2020). Die chinesische Regierung versuche, „öffentliche positive Äußerungen über das Coronavirus-Management der Volksrepublik China zu bewirken“. Auch das Auswärtige Amt beteiligt sich an dieser aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller unzutreffenden Einordnung. Als Beleg wird angeführt, es seien „Beamte in Bundesministerien kontaktiert worden“. Solche „Kontaktaufnahmen“ gehören aber aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller zu den Gepflogenheiten auch der deutschen Außenpolitik, um Irritationen unter Regierungen auszuräumen.

Im März 2019 hat auch die EU-Kommission ein „Frühwarnsystem“ (Rapid Alert System) gegen „Desinformationskampagnen – auch von ausländischen Akteuren“ eingerichtet (https://twitter.com/LT_MFA_Stratcom/status/1107612135293620227). Es soll die „Werte und Strategien der Union proaktiv und objektiv“ kommunizieren. Es muss aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller geprüft werden, ob die EU für ihren „Kampf der Narrative“ im Hinblick auf China auch mit Medienhäusern zusammenarbeitet. In Deutschland wird die Propaganda beispielsweise durch den Springer-Konzern angeheizt („Corona-Krise: BILD-Chef schreibt an Chinas Staatschef“, www.bild.de vom 16. April 2020).

1. Wie definiert die Bundesregierung „Desinformation“, und wie grenzt sie diesen Begriff von Falschmeldungen, Fake-News, Propaganda und üblicher PR-Tätigkeit ab?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP „Desinformationskampagnen – Erkenntnisse und Maßnahmen der Bundesregierung“ in Bundestagsdrucksache Nr. 19/17073 vom 5. Februar 2020 verwiesen. Falschmeldungen, Propaganda und auch PR-Tätigkeiten können unter die dort genannte Definition fallen.

2. Mit welchen Einrichtungen und Fähigkeiten ist die Bundesregierung mit dem Aufspüren und der Reaktion auf „Verschwörungstheorien und Desinformation“ oder „Einflussversuche“ von Regierungen im Hinblick auf die Corona-Krise befasst („China kontaktierte heimlich deutsche Beamte“, www.tagesspiegel.de vom 26. April 2020), und welche Maßnahmen werden dort ergriffen?
 - a) Welche Maßnahmen führt die im Bereich Kultur und Kommunikation des Auswärtigen Amtes angesiedelte „Steuerungsgruppe Strategische Kommunikation“ diesbezüglich durch?

Die Fragen 2 und 2a werden aufgrund ihres inhaltlichen Zusammenhangs zusammen beantwortet.

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 9 und 10 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP „Desinformationskampagnen – Erkenntnisse und Maßnahmen der Bundesregierung“ in Bundestagsdrucksache Nr. 19/17073 vom 5. Februar 2020 verwiesen. Die dort genannten Maßnahmen finden auch in Reaktion auf Desinformation mit Bezug zur Corona-Pandemie Anwendung.

Ergänzend wird auf die Antworten der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten Uwe Schulz vom 23. März 2020 in Bundestagsdrucksache Nr. 19/18344 vom 3. April 2020 und auf die Schriftliche Frage der Abgeordneten Renata Alt vom 3. Juni 2020 in Bundestagsdrucksache Nr. 19/19773 vom 5. Juni 2020 verwiesen.

- b) Inwiefern ist auch die „Krisenfrüherkennung“ der Bundeswehr oder des Auswärtigen Amtes hierzu aktiv (Bundestagsdrucksachen 19/3459 und 19/7881)?

Der Bereich strategische Vorausschau und Krisenfrüherkennung des Auswärtigen Amtes ist nicht mit Vorgängen im Sinne der Fragestellung befasst. Dies gilt auch für die „Krisenfrüherkennung“ der Bundeswehr.

- c) Mit welchen weiteren Einrichtungen mit ähnlicher Zielsetzung arbeitet das Auswärtige Amt diesbezüglich zusammen?

Es wird auf die Antworten der Bundesregierung zu den Fragen 4 und 9 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP „Desinformation in der Coronakrise“ in Bundestagsdrucksache Nr. 19/19709 vom 2. Juni 2020 und auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten Dr. Anton Friesen in Bundestagsdrucksache Nr. 19/18555 vom 17. April 2020 verwiesen.

3. Auf welche Weise beteiligt sich die Bundesregierung am „globalen Kampf der Narrative“ in der Corona-Krise („EU wirft Russland und China Fake-News-Kampagnen in Corona-Krise vor“, dpa vom 26. April 2020), und wie setzt sie sich für eine verlässliche, faktenbasierte Berichterstattung ein?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 9 und 10 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP „Desinformation in der Coronakrise“ in Bundestagsdrucksache Nr. 19/19709 vom 2. Juni 2020 und auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten Dr. Anton Friesen in Bundestagsdrucksache Nr. 19/18555 vom 17. April 2020 verwiesen.

4. Wie hat die Bundesregierung die vom Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas bekräftigte Absicht umgesetzt, „offensiver gegen die gesteuerte Verbreitung von Desinformation vorzugehen und hierfür die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst weiter zu verstärken“ (Bundestagsdrucksache 19/18555, Schriftliche Frage 52)?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 4 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP „Desinformation in der Coronakrise“ in Bundestagsdrucksache Nr. 19/19709 vom 2. Juni 2020 verwiesen.

5. Welche Stellen der Europäischen Union und der NATO sind nach Kenntnis der Bundesregierung mit dem Aufspüren und der Reaktion auf „Verschwörungstheorien und Desinformation“ oder „Einflussversuche“ von Regierungen im Hinblick auf die Corona-Krise befasst, und welche Maßnahmen werden dort jeweils ergriffen?

Hinsichtlich der Reaktion der Europäischen Union wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 9 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP „Desinformation in der Coronakrise“ in Bundestagsdrucksache Nr. 19/19709 vom 2. Juni 2020 verwiesen.

Die NATO befasst sich auch im Rahmen der Reaktion auf die Corona-Krise unter Federführung der Beigeordneten Generalsekretärin für Public Diplomacy laufend mit der Beurteilung des internationalen Kommunikationsumfeldes und einer koordinierten Reaktion auf erkannte Desinformationsaktivitäten. Das NATO StratCom Center of Excellence in Riga (<https://www.stratcomcoe.org/>) sowie verschiedene Projektgruppen der NATO erstellen Analysen und bieten Beratung zum Thema Desinformation im Zusammenhang mit der Covid-19-Krise an.

- a) Wie sind die Ratsarbeitsgruppen „Horizontal Working Party on Enhancing Resilience and Countering Hybrid Threats“ und „Information“ mit der Reaktion auf die Corona-Krise befasst?

Die „Horizontal Working Party on Enhancing Resilience and Countering Hybrid Threats“ (HWP ERCHT) ist als politisches Arbeitsgremium mit den Auswirkungen von COVID-19 auf hybride Bedrohungen befasst. In Sitzungen der HWP ERCHT tauschen sich die EU-Mitgliedstaaten zu hybriden Bedrohungen im Kontext von COVID-19 aus. Hierbei spielt auch Desinformation eine Rolle. Der Austausch der Mitgliedstaaten wird von Berichten der EU-Institutionen zum Thema unterstützt.

Darüber hinaus ist die Ratsarbeitsgruppe Information damit befasst, die Koordination von Maßnahmen nationaler und gemeinsamer europäischer Krisen-

kommunikation im Kontext von COVID-19 zu stärken. Dabei geht es auch um die Abstimmung von Kommunikationsmaterialien und -kampagnen zwischen EU-Institutionen und -Mitgliedstaaten.

- b) Auf welche Weise ist das geheimdienstliche Lagezentrum „EU-Analyseeinheit für hybride Bedrohungen“ (INTCEN) diesbezüglich involviert?

Die vom EU INTCEN und dem Intelligence Directorate des EU Militärstabs gemeinsam gebildete sogenannte „Hybrid Fusion Cell“ bündelt nachrichtendienstliche Informationen der EU-Mitgliedstaaten im Kontext hybrider Bedrohungen.

- c) Welche Arbeiten übernimmt das Krisenkommunikationsnetzwerk (CCN) hinsichtlich der Kommunikation im Zusammenhang mit der Corona-Krise?

Das informelle Krisenkommunikationsnetzwerk („Crisis Communication Network“ / CCN) ist Bestandteil der Integrierten EU-Regelung für die Politische Reaktion auf Krisen des Rates (IPCR, Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1993 des Rates). Das CCN soll durch den Austausch bewährter Verfahren und gewonnener Erkenntnisse zur Krisenvorsorge beitragen und besteht aus Kommunikationsexpertinnen und -experten der Mitgliedstaaten und der zuständigen Unionseinrichtungen. Die IPCR ist seit dem 28. Januar 2020 aufgrund der Corona-Epidemie im Informationsmodus und seit dem 2. März 2020 im Vollmodus aktiviert. Das bedeutet unter anderem, dass der Informationsaustausch in Bezug auf das Krisenmanagement zwischen den EU-Mitgliedstaaten zum Zwecke der höheren Transparenz intensiviert wird.

Das CCN versteht sich als Expertennetzwerk für den Austausch von Maßnahmen und Strategien der Krisenkommunikation der EU-Mitgliedstaaten. Der Fokus liegt auf der Information der Bevölkerung (Tools, Kanäle, Botschaften, Art und Stil der Information). Die Informationen werden aufbereitet und regelmäßig aktualisiert. Dadurch soll ein möglichst umfassendes und aktuelles Bild der staatlichen Krisenkommunikationsaktivitäten der EU-Mitgliedstaaten erstellt und den formellen Gremien der IPCR und letztendlich dem Rat als Entscheidungshilfe zur Verfügung gestellt werden.

6. Welche Stellen der G7 (etwa der „Rapid Response Mechanism“) oder der NATO sind nach Kenntnis der Bundesregierung mit der Reaktion auf die Corona-Krise befasst, und welche Maßnahmen werden dort ergriffen?

Mit dem Themenbereich Desinformation hat sich vor dem Hintergrund der Coronakrise insbesondere der G7 „Rapid Response Mechanism“ (RRM) befasst. Als diesjähriger G7-Vorsitz haben die USA eine Befassung des RRM mit der Thematik angestoßen. Das Thema Desinformation wurde jedoch auch in verschiedenen anderen Formaten angesprochen, so etwa beim virtuellen Treffen der G7-Außenminister am 25. März 2020.

Zur Befassung der NATO wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

7. Welche Beispiele kann die Bundesregierung für „chinesische Versuche“ mitteilen, „Tatsachen gezielt falsch oder verzerrt darzustellen [und] eigene Aktivitäten propagandistisch aufzuwerten“ (Bundestagsdrucksache 19/18555, Schriftliche Frage 52), und führt die Regierung der Volksrepublik China aus Sicht der Bundesregierung damit eine „Desinformationskampagne“?
 - a) Welche Belege kennt die Bundesregierung für „Verschwörungstheorien und Desinformation“ sowie „Einflussversuche“ der chinesischen Regierung im Rahmen der Corona-Krise („China kontaktierte heimlich deutsche Beamte“, www.tagesspiegel.de vom 26. April 2020)?
 - b) Sofern die Bundesregierung eine chinesische „Desinformation“ beobachtet, wertet sie diese als „hybride Bedrohung“, wie sie 2016 im „Gemeinsamen Rahmen für die Abwehr hybrider Bedrohungen“ der EU beschrieben sind?

Die Fragen 7, 7a und 7b werden aufgrund ihres inhaltlichen Zusammenhangs zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung führt keine Auflistung einzelner Fälle von Desinformation. Wegen der verdeckten Vorgehensweise handelnder Akteure kann eine unmittelbare staatliche Steuerung von Desinformation in der Regel nicht belegt werden. Ergänzend wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 6 und 6 a) der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP „Desinformationskampagnen – Erkenntnisse und Maßnahmen der Bundesregierung“ in Bundestagsdrucksache Nr. 19/17073 vom 5. Februar 2020 verwiesen.

Zum Begriff „Desinformationskampagne“ wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP „Desinformationskampagnen – Erkenntnisse und Maßnahmen der Bundesregierung“ in Bundestagsdrucksache Nr. 19/17073 vom 5. Februar 2020 verwiesen.

Nach dem Gemeinsamen Rahmen für die Abwehr hybrider Bedrohungen (JOIN(2016) 18 final, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52016JC0018>) sollen durch hybride Bedrohungen „die Verwundbarkeiten eines Landes ausgenutzt und häufig grundlegende demokratische Werte und Freiheiten unterminiert werden“. Demnach kann Desinformation als Vehikel für hybride Bedrohungen dienen. Auch der EU-Aktionsplan gegen Desinformation (JOIN(2018) 36 final, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:52018JC0036>) stellt Desinformation insbesondere von Drittländern in den Kontext der hybriden Bedrohungen.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP „Umgang der Volksrepublik China mit der SARS-CoV-2-Pandemie“ in Bundestagsdrucksache Nr. 19/19435 vom 27. Mai 2020 verwiesen. Ergänzend wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 13 und 14 der Fraktion der FDP „Desinformation in der Coronakrise“ in Bundestagsdrucksache Nr. 19/19709 vom 2. Juni 2020 verwiesen.

8. Inwiefern teilt die Bundesregierung die Kritik der Fragestellerinnen und Fragesteller, wonach sich die Mitgliedstaaten der EU und der NATO zu Beginn der Corona-Krise nicht ausreichend gegenseitig unterstützten, sondern bis in den März 2020 hinein ausschließlich auf Maßnahmen für ihre eigene Bevölkerung setzten?

Aus Sicht der Bundesregierung haben sich die verschiedenen europäischen Staaten zu Beginn der Corona-Krise, sobald dies angesichts der jeweiligen Lage bei ihnen vor Ort möglich war, schnell mit Hilfsleistungen verschiedener Art gegenseitig unterstützt. Insbesondere innerhalb der EU wurden sukzessive ver-

schiedene gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und zur Bewältigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Folgen beschlossen.

9. Teilt die Bundesregierung die Ansicht des NATO-Generalsekretärs, wonach ein Hinweis in chinesischen Medien auf die fehlende europäische Solidarität eine Desinformation darstellt („Stoltenberg spricht von Corona-Desinformationskampagnen – und nennt Russland und China“, dpa vom 27. April 2020)?

Die Bundesregierung teilt die in der dpa-Meldung vom 27. April 2020 dargelegte Auffassung des NATO-Generalsekretärs. Sie teilt hingegen nicht die Auffassung der Fragesteller, dass der NATO-Generalsekretär einen Hinweis in chinesischen Medien auf fehlende europäische Solidarität als Desinformation dargestellt hätte.

10. Hält die Bundesregierung die Mitteilung des „Stratcom East“ vom 24. April 2020 zur Einflussnahme der chinesischen Regierung für glaubhaft („Short Assessment of Narratives and Disinformation around the COVID-19/Coronavirus Pandemic (Updated 2 – 22 April)“, www.euvdsinfo.eu vom 24. April 2020)?

Die Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen Erkenntnisse vor.

- a) Hat die Bundesregierung eine Bewertung der chinesischen Pandemiebekämpfung, und wie lautet diese?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 11 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP „Umgang der Volksrepublik China mit der SARS-CoV-2-Pandemie“ in Bundestagsdrucksache Nr. 19/19435 vom 27. Mai 2020 verwiesen.

- b) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des „Stratcom East“, dass das zunehmend positive Bild Chinas in Italien auf Desinformationskampagnen zurückgeht und nicht auf die Unterstützung Chinas in der Corona-Krise?

Die Bundesregierung sieht einen engen Zusammenhang zwischen einer sehr starken medialen Aufmerksamkeit – besonders im Bereich sozialer Medien – für einzelne Hilfslieferungen der Volksrepublik China in der Frühphase der Corona-Krise und dem laut Umfragen zuletzt gestiegenen Ansehen Chinas in Italien.

11. Inwiefern beobachtet die Bundesregierung eine „Propagandakampagne“ der chinesischen Regierung auf Facebook, Instagram, Twitter und in anderen sozialen Medien („Short Assessment of Narratives and Disinformation around the COVID-19/Coronavirus Pandemic (Updated 2 – 22 April)“, www.euvdsinfo.eu vom 24. April 2020)?

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 7 bis 7b verwiesen.

- a) Welche „deutlichen Hinweise“ oder Belege kennt die Bundesregierung zu „verdeckten chinesischen Operationen“ in sozialen Medien oder in staatlich finanzierten Medienhäusern hinsichtlich der Corona-Krise?

Die im genannten Sonderbericht des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) zitierten Berichte zu mutmaßlichen verdeckten chinesischen Operatio-

nen sind der Bundesregierung bekannt. Nach Einschätzung der Bundesregierung ist die chinesische Regierung bestrebt, öffentlichkeitswirksam das Bild einer erfolgreichen Pandemie-Bekämpfung zu zeichnen. Hierzu werden staatliche Medienorgane, jedoch auch zunehmend soziale Medien genutzt.

- b) Handelt es sich nach Ansicht der Bundesregierung um „Desinformation“, wenn die chinesische Regierung Werbung in sozialen Medien zum eigenen, positiv dargestellten Umgang mit der Corona-Krise kauft und diese in China oder in Italien platziert?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

12. Was ist der Bundesregierung dazu bekannt, in welchen Fällen das „Stratcom East“ Berichte an die Mitgliedstaaten oder auf „EUvsDisinfo“ zu „Desinformation“ oder „Einflussnahme“ aus China nachträglich inhaltlich geändert hat, und welche Gründe kennt sie dazu?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

13. Ist die Bundesregierung mit der Wirkung der Stellungnahmen des „Stratcom East“ zu vermeintlicher Desinformation auf „EUvsDisinfo“ zufrieden, und falls nein, wie sollte diese gesteigert werden?

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen die Verbreitung von Nachrichten durch „EUvsDisinfo“ nicht ausreichend auf Fakten gestützt war?

Die Bundesregierung begrüßt die Arbeit des EAD, insbesondere der StratCom Task Forces (East, South, Western Balkans), im Umgang mit Desinformation.

Der Bundesregierung sind keine Fälle im Sinne der Fragestellung bekannt.

14. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt das „Stratcom East“ nach Kenntnis der Bundesregierung, und welche Entwicklung ist hierzu geplant?

Nach öffentlich verfügbaren Quellen der EU (vgl. <https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/2116/-questions-and-answers-about-the-east/>) beschäftigt die Arbeitseinheit „Stratcom East“ 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Dem Aktionsplan gegen Desinformation der EU zufolge ist bis Ende 2020 eine Entwicklung der Teams im Bereich „Strategische Kommunikation“ auf eine Gesamthöhe von bis zu 55 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geplant.

Eigene, darüber hinausgehende Kenntnisse liegen der Bundesregierung nicht vor.

15. Welche Haushaltsmittel erhielt bzw. erhält das „Stratcom East“ nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2019 und 2020, und wie sollen diese aufgestockt werden?

Nach öffentlich verfügbaren Quellen der EU wird die Task Force „Stratcom East“ aus den Haushaltsmitteln Abteilung für Strategische Kommunikation und Informationsanalyse des Auswärtigen Dienstes der Europäischen Union (StratCom) finanziert. Zusätzlich zu diesen Mitteln erhielt die Task Force „Stratcom East“ im Jahr 2019 ein Budget in Höhe von drei Millionen Euro (vgl. <https://ee>

as.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/2116/-questions-and-answer-s-about-the-east-stratcom-task-force-en-). Zu Haushaltsmitteln im Jahr 2020 wird auf öffentlich verfügbare Entwürfe des EU-Haushaltsplans 2020 verwiesen (<https://eur-lex.europa.eu/budget/www/index-de.htm>). Hinsichtlich der Mittel-Aufstockung wird auf öffentlich verfügbare Quellen der EU-Kommission zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2021-2027 verwiesen (vgl. https://ec.europa.eu/info/publications/mff-legislation_en). Eigene, darüber hinausgehende Kenntnisse liegen der Bundesregierung nicht vor.

16. Kennt die Bundesregierung die in der „New York Times“ geäußerte Kritik, das „Frühwarnsystem“ (Rapid Alert System) der EU-Kommission sei nutzlos („Es ist nicht schnell. Es gibt keine Warnungen. Und es gibt kein System“), und wird sie darauf reagieren, falls nein, warum nicht („Europe Built a System to Fight Russian Meddling. It’s Struggling“, www.nytimes.com vom 6. Juli 2019; bitte begründen)?

Die mediale Berichterstattung aus dem letzten Jahr zum Rapid Alert System („Frühwarnsystem“), welches vom EAD betreut wird, ist der Bundesregierung bekannt. Laufende Berichterstattung zur Arbeit des EAD wird von der Bundesregierung nicht kommentiert.

17. Auf welche Weise ist das „Frühwarnsystem“ der EU-Kommission mit „Desinformationskampagnen“ hinsichtlich der Covid-19-Pandemie befasst?
 - a) Inwiefern trifft es zu, dass das „Frühwarnsystem“ erst im März 2020 zur Corona-Krise diesbezüglich aktiv wurde („Coronavirus: EU aktiviert erstmals Frühwarnsystem gegen Desinformation“, www.heise.de vom 5. März 2020), und welche Maßnahmen wurden dazu ergriffen?
 - b) Waren diese Maßnahmen aus Sicht der Bundesregierung erfolgreich?

Die Fragen 17, 17a und 17b werden aufgrund ihres inhaltlichen Zusammenhangs zusammen beantwortet.

Seit der Einrichtung des „Rapid Alert Systems“ (RAS) im Frühjahr 2019 wird das System täglich zum Austausch von Informationen zwischen relevanten EU-Institutionen und allen EU-Mitgliedsstaaten zum Thema „Desinformation“ genutzt. Ein Alarm über das RAS wurde bislang nicht ausgelöst.

Der zitierte Artikel bezieht sich auf eine Veröffentlichung der europäischen Nachrichtenplattform Euroactive (<https://www.euractiv.com/section/digital/news/eu-alert-triggered-after-coronavirus-disinformation-campaign>), die in der ursprünglichen Version fälschlicherweise behauptete, das RAS sei erstmalig ausgelöst worden. Der Bericht wurde inzwischen korrigiert.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 13 verwiesen.

- c) Wie viele „Fake Accounts“ oder Social Bots wurden laut Internetanbietern abgeschaltet?

Zur Auflistung einzelner Fälle von Desinformation durch die Bundesregierung wird auf die Antwort auf Fragen 7 bis 7b verwiesen. Zur Abschaltung von „Fake Accounts“ oder „Social Bots“ durch Internetanbieter liegen der Bundesregierung keine eigenen, darüber hinausgehenden Kenntnisse vor.

18. Welche weiteren Warnmeldungen waren in dem einen Jahr seit Bestehen des „Frühwarnsystems“ verteilt worden („No large-scale disinformation detected in EU this year“, www.euobserver.com vom 29. Oktober 2019)?
19. Nach welchen Kriterien werden diese Warnmeldungen erstellt?

Die Fragen 18 und 19 werden aufgrund ihres inhaltlichen Zusammenhangs zusammen beantwortet.

Auf die Antwort zu den Fragen 17 bis 17b wird verwiesen.

Jeder Mitgliedsstaat der EU entscheidet in eigenem Ermessen, welche Informationen über das RAS zu teilen sind.

20. Inwiefern arbeitet die Kommission bei ihrer Aufgabe, die Strategien der Union „proaktiv und objektiv“ zu kommunizieren („Ein Europa, das schützt: EU verstärkt Maßnahmen gegen Desinformation“, Pressemitteilung der EU-Kommission vom 5. Dezember 2018) auch mit sozialen Medien oder Medienhäusern zusammen?

Auf die Gemeinsame Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 10. Juni 2020 wird verwiesen (JOIN(2020) 8 final, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52020JC0008>).

21. In welchen Fällen handelt es sich aus Sicht der Bundesregierung bei etwaigen Versuchen deutscher Auslandsmedien wie der Deutschen Welle, das deutsche Regierungshandeln in Ländern wie Russland oder der östlichen Partnerschaft positiv darzustellen, um Einflussnahme?

Zu Aufgaben und Zielen der Deutschen Welle wird auf das Gesetz über die Rundfunkanstalt des Bundesrechts „Deutsche Welle“, (3. Änderung vom 15. Dezember 2004, S. 3456 im Bundesgesetzblatt, Teil 1) verwiesen.

22. Inwiefern gehört es aus Sicht der Bundesregierung zu den diplomatischen Gepflogenheiten der Bundesregierung, mit „Kontaktaufnahmen“ bei Stellen anderer Regierungen das eigene Regierungshandeln zu kommunizieren und damit eine positive öffentliche Wahrnehmung zu erreichen?

Es zählt zu den Aufgaben des Auswärtigen Dienstes, sich mit Vertretern und Stellen anderer Regierungen auszutauschen und im Ausland über die Bundesrepublik Deutschland zu informieren.

23. Welche Versuche hat die Europäische Union nach Kenntnis der Bundesregierung unternommen, einer negativen Darstellung ihrer Maßnahmen in der Covid-19-Pandemie zu begegnen, und wie hat sie sich daran beteiligt?
- Wurden hierzu auch gemeinsame Kommunikationsanstrengungen unternommen?
 - Sofern es entsprechende Versuche und Anstrengungen gegeben hat, inwieweit unterscheidet sich dies nach Ansicht der Bundesregierung von den chinesischen Versuchen, das eigene Regierungshandeln in ein positives Licht zu rücken?

Die Fragen 23 bis 23b werden gemeinsam beantwortet.

Auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 4, 8 und 9 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP „Desinformation in der Coronakrise“ in Bundestagsdrucksache Nr. 19/19709 vom 2. Juni 2020 wird verwiesen.

Maßnahmen der nationalen und der gemeinsamen europäischen Krisenkommunikation werden zwischen EU-Mitgliedstaaten unter anderem in der Ratsarbeitsgruppe „Information“ abgestimmt, in der auch die Bundesregierung vertreten ist. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 a) verwiesen. Gemeinsame Kommunikationsanstrengungen finden zum Beispiel in Sozialen Medien unter den Hashtags #EuropeansAgainstCovid19 oder #StrongerTogether statt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten helfen außerdem im Rahmen der Initiative „Team Europe“ Partnerländern in der ganzen Welt bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie, ebenfalls begleitet von einer entsprechenden Kommunikationskampagne.

Die Bundesregierung nimmt keinen Vergleich zwischen der von ihr unterstützten europäischen Krisenkommunikation und der Kommunikation der chinesischen Regierung vor.

24. Sieht die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, dass westliche Regierungen oder Medien die Covid-19-Pandemie zur Verbreitung von antichinesischen Stimmungen nutzen?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die Mehrheit der westlichen Staaten und etablierter Medien die Covid-19-Pandemie nicht zur Verbreitung antichinesischer Stimmungen nutzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.